

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 91 (1997)
Heft: 2

Artikel: Sozialismus. I., Merkmale und Erscheinungsformen ; II., Wirtschaftliche Vorstellungen und Gestaltungen ; III., Ethische Gesichtspunkte
Autor: Katterle, Siegfried
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144023>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sozialismus

«Sozialismus» bezeichnet keinen einheitlichen Begriff. Das macht ihn fast beliebig verwendbar und dadurch eben auch missbrauchbar. In einer Zeit, in der das Wort auf seinen historischen Missbrauch fixiert wird, um von jeder Alternative zum vorherrschenden Neoliberalismus abzulenken, tut eine «antizyklische» Orientierungshilfe wie der folgende Beitrag von Siegfried Katterle not. Der Verfasser ist emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre und religiöser Sozialist. Er gibt einen Überblick über die Vielfalt sozialistischer Entwürfe, die an religiöse und ethische Traditionen anknüpfen, während der Vorzug des «wissenschaftlichen Sozialismus» die Analyse der kapitalistischen Wirtschaft war. Unser Freund stellt sich in die Tradition des Reformismus, den er aber nicht als prinzipienlosen Pragmatismus versteht, sondern als eine demokratische, von ethischen Grundwerten geleitete Transformation des kapitalistischen Systems. Der – redaktionell leicht gekürzte – Text gibt ein Referat wieder, das an der letzten Jahrestagung des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. gehalten wurde. Red.

I. Merkmale und Erscheinungsformen

Das Wort «Sozialismus» bezeichnet *keinen einheitlich verwendeten Begriff*, der für die Beschreibung und Erklärung der mit ihm bezeichneten, sehr verschiedenartigen Ideen, theoretischen Lehren und historischen Erscheinungsformen brauchbar wäre. Deshalb wird Sozialismus oft in Verbindung mit *Adjektiven* gebraucht, die das hauptsächliche Merkmal des Gemeintem hervorheben und gegen andere Sozialismus-Konzeptionen abgrenzen sollen (utopisch, wissenschaftlich, ethisch, religiös; revolutionär, reformistisch; demokratisch, freiheitlich, kollektivistisch; genossenschaftlich, anarchistisch, syndikalistisch, etatistisch, wohlfahrtsstaatlich).

1. Die Entwicklung grundlegender Ideen im Frühsozialismus

Das Wort «Sozialismus» (zurückgehend auf *socialis* = gesellig, genossenschaftlich verbunden) wurde zuerst in den 20er und 30er Jahren des 19. Jahrhunderts auf die Lehren und die Anhänger der «Frühsoziali-

sten» *Claude-Henri de Saint-Simon* und *Charles Fourier* in Frankreich und *Robert Owen* in England angewendet. Später wurde die Bezeichnung auf historisch frühere Ideenkomplexe und Sozialbewegungen, die als verwandt empfunden wurden, übertragen: zum Beispiel auf die religiös-sozialen Bewegungen im Zusammenhang der englischen Revolution, die Täuferbewegungen der Reformationszeit, die mittelalterlichen Armutsbewegungen und ihre kommunitären Lebensformen sowie den biblischen Glauben an das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit.

So bedeutsam die bewusste Prüfung und Aneignung des Erbes historisch älterer Sozialideen und Sozialbewegungen durch moderne Sozialistinnen und Sozialisten für deren Identitätsfindung und Selbstvergewisserung ist, so steht doch der moderne Sozialismus in engem Zusammenhang mit der *Aufklärung*, den *bürgerlichen Revolutionen* und der *industriellen Revolution*. Er begleitet in Gesellschaftskritik, alternativen Leitbild-Entwürfen und Reformkonzepten die «Grosse Transformation» (Karl Polanyi) von einer traditionellen, vorindu-

striellen Gesellschaft zum modernen Industriekapitalismus. Wie der Liberalismus wird auch der Sozialismus zu einer von gesellschaftlichen Gruppen und Parteien getragenen Bewegung und zu einem politischen Macht- und Gestaltungsfaktor.

Ausgangspunkt sozialistischer Kritik ist dabei immer der *Widerspruch von humanitärer Aufklärungsidee und sozialer Wirklichkeit*. Mit der Idee einer freien und humanen Gesellschaft, gestiftet durch tätiges Zusammenwirken und gegenseitiges Wohlwollen der Bürger, hatte die Aufklärung ein Leitbild möglicher gesellschaftlicher Gesittung entworfen, das über die entstehende kapitalistische Kultur hinauswies. Es wurde alsbald von der sozialistischen Kritik gegen ein sich selbst privilegierendes Bürgertum gewendet, das die individuellen Freiheitsrechte (insbesondere die Unverletzlichkeit und Heiligkeit des Privateigentums – «droit inviolable et sacré», wie die Deklaration der Menschenrechte 1789 formulierte –, die Gewerbefreiheit und die Vertragsfreiheit) als Schutz- und Entfaltungsraum für den Marktmenschen (*homo oeconomicus*) institutionalisierte.

Sozialismus ist mithin gekennzeichnet durch die Gegnerschaft *zum utilitaristischen Individualismus* (als der Anthropologie des Marktmenschen) und *zum Kapitalismus*, die nur den Wettbewerbsmarkt und die marktkonditionierten, allein über Preissignale interagierenden, rational-eigennützig handelnden Individuen kennen. Gegenüber diesem verkürzten Menschen- und Gesellschaftsbild, das auch im Mainstream der klassischen und neoklassischen Ökonomik herrschend geworden ist, gehen die Sozialismen unterschiedlicher Prägung von einem immer schon gegebenen *sozialen Zusammenhang* der Menschen und deshalb von einer Anthropologie *sozialisatorischer Persönlichkeitsbildung* aus. Die Person ist nicht Individuum, sondern Mitmensch und demgemäss mehrdimensional motiviert.

Insbesondere wird neben dem Motiv eigennütziger Vorteilssuche die Fähigkeit und Bereitschaft des Menschen gesehen,

an der Situation anderer Menschen Anteil zu nehmen und Mitgefühl für deren Empfindungen und Bedürfnisse zu entwickeln. Eine solche *Empathie* – als psychisch gegebene Fähigkeit und sozialpädagogisch bildbare Bereitschaft – ist die Bedingung der Möglichkeit von Reziprozität (Gegenseitigkeit), Solidarität und Gemeinsinn in differenzierten Gesellschaften. Auch sind Fähigkeit und Bereitschaft zu *Nächstenliebe* und *Gemeinsinn* nicht nach dem Modell knapper Ressourcen begrenzt; vielmehr handelt es sich um Ressourcen, deren Vorrat eher anwachsen als abnehmen wird, wenn sie geübt werden, während sie sich zurückbilden und obsolet werden, wenn sie nicht genutzt werden.

Demgemäss betonen sozialistische Autoren und Autorinnen neben Arbeitsteilung und Konkurrenz die *Arbeitsvereinigung* und *Kooperation* als Prinzipien menschenwürdiger Organisation der gesellschaftlichen Arbeit. Diese Prinzipien können sowohl für die Organisation der Arbeit in den Einzelbetrieben als auch für die Beziehungen zwischen Unternehmen, zwischen den Gruppen der industriellen Gesellschaft sowie zwischen Gruppen und Staat fruchtbar gemacht werden.

Menschen erscheinen fähig, der *biblischen Maxime reziproken Verhaltens* nachzuleben: «Was ihr wollt, dass es euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch.» Der Evangelist lässt Jesus an dieser Stelle der Bergpredigt fortfahren: «Darin besteht das Gesetz und die Propheten» (Mt. 7,12). Aus der Fähigkeit, die göttliche Weisung als sinnstiftend für die personale Identität und für eine gesittete Gesellschaft anzunehmen, folgt die Möglichkeit, durch vielgestaltige Institutionen gesellschaftlicher Selbstorganisation, korporatistischer Selbstverwaltung und staatlicher Politik – also durch Reformbestrebungen «von unten» und «von oben» – den kapitalistischen Markt und die von ihm geprägte Kultur eigennütziger Interessenformulierung und -durchsetzung nach dem Leitbild einer gerechten und solidarischen Gesellschaft zu begrenzen und zu transformieren. Systemreformen durch den Einbau von institutionellen Elementen der

Reziprozität und der Redistribution (Wiederverteilung) können auch den Markt selbst verändern und das ökonomische Rollenverhalten «ehrbarer» Marktakteure durch eine genuin moralische Bereitschaft zur Kooperation modifizieren.

Wir können deshalb als Sozialismus mit *Karl Polanyi* – ähnlich formulierte schon früher *Emile Durkheim* – die der westlichen Zivilisation aufgrund ihrer Freiheitstradition innewohnende Tendenz bezeichnen, «über den selbstregulierenden Markt hinauszugehen, indem man ihn bewusst einer demokratischen Gesellschaft unterordnet». Es handelt sich um die Bestrebung, die *kapitalistische Hegemonie des Marktes* in der Gesellschaft und gegenüber dem Staat zu *überwinden* und den Markt als ein vielfach nützliches, aber untergeordnetes Element einer freien Gesellschaft sozialverträglich einzubetten. Dies ist – wieder nach Polanyi – die Fortsetzung des Bemühens, «die Gesellschaft zu einer humanen Gemeinschaft der einzelnen zu gestalten», das «in Westeuropa stets mit christlichen Traditionen verbunden war». Bei diesem Bestreben ergaben und ergeben sich immer wieder Übergänge zu einem humanitär motivierten sozialreformerischen Liberalismus (etwa in der Tradition John Stuart Mills oder Joh. Heinrich v. Thünens) und einem religiös-ethisch motivierten reformbereiten Konservatismus (etwa bei den sog. Kathedersozialisten der jüngeren Historischen Schule der Nationalökonomie).

2. «Wissenschaftlicher» Sozialismus

Im Gegensatz zu dieser bewussten oder impliziten Anknüpfung vieler Strömungen des Sozialismus an religiöse und ethische Traditionen wollten die Begründer des «wissenschaftlichen Sozialismus», *Karl Marx* und *Friedrich Engels*, den Sozialismus (als Transformationsperiode) und den Kommunismus (in dem die Geschichte endzeitlich-chiliasmatisch an ihr Ziel gelangt) aus der Annahme einer gesetzmässigen Bewegung der Geschichte als notwendige Gesellschaftsformationen ableiten. Dieser

Anspruch des historischen Materialismus, ein Entwicklungsgesetz aufzuzeigen, dem die gesellschaftliche Entwicklung notwendig folgen müsse, ist wissenschaftstheoretisch nicht haltbar, womit sich auch das Kernstück des «wissenschaftlichen» Sozialismus als obsolet erweist.

Was Marx, den Stand des ökonomischen Denkens seiner Zeit hinter sich lassend, wissenschaftlich geleistet hat, ist

– seine Analyse der *Konjunkturen* und *Krisen* und des ungleichgewichtigen Wachstums im Kapitalismus, in der wir, nach dem Urteil Schumpeters, «praktisch alle Elemente finden, die je in einer ernsthaften Analyse der Konjunkturzyklen Eingang fanden, und im ganzen sehr wenig Irrtümer»;

– seine Analyse der mit der zyklischen Bewegung verbundenen Unternehmens- und Vermögenskonzentration und damit der Evolution des Systems vom Konkurrenz- zum *Monopolkapitalismus*;

– seine Analyse der *Macht- und Herrschaftsbeziehungen* auf nachfragedominierten «freien» Arbeitsmärkten und in der kapitalistisch verfassten Unternehmung, in der die Interessen profitabler Kapitalverwertung die Betätigungsbedingungen der Arbeit bestimmen und Eigentum an Produktivvermögen zu nicht legitimer und unkontrollierter Herrschaft über Menschen führt;

– seine Analyse einerseits der zivilisierenden Wirkungen des kapitalistischen Marktsystems, dessen Fortschrittlichkeit gegenüber älteren Gesellschaftsformationen er nachdrücklich unterstrichen hat; andererseits der kulturellen Verarmung und *entfremdenden Wirkung* einer durch die Markthegegonie des Kapitalismus geprägten Gesellschaft, die Menschen marktförmig konditioniert und schliesslich «kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig» lässt «als das nackte Interesse, als die gefühllose <bare Zahlung>»;

– seine *Ideologiekritik*, insbesondere an der feudal oder bürgerlich geprägten *Kirche* und ihrer systemstabilisierenden Auslegung der Religion als «allgemeine Theorie dieser Welt, ihr enzyklopädisches Kom-

pendium, ... ihr allgemeiner Trost- und Rechtfertigungsgrund» und in dieser Funktion «das Opium des Volks».

Marx war nie bloss scharfsinniger Analytiker, sondern immer auch *Moralist* und *Revolutionär*, der den unter dem normativen Prinzip der Menschenwürde gültigen kategorischen Imperativ verkündete, «alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist». Dieser emphatische Aufruf berührt sich mit *Kants* praktischem Imperativ: «Handle so, dass du die Menschheit, sowohl in deiner Person als in der Person eines jeden anderen, jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloss als Mittel brauchst», und hat um die Wende zum 20. Jahrhundert im *neukantianischen Sozialismus* und im *Austromarxismus* (*Max Adler*) zu einer fruchtbaren Begegnung von marxistischer Gesellschaftsanalyse und kantischer Ethik geführt.

3. Reformismus

Marx sah nicht voraus (und konnte im Rahmen seiner dogmatisierten Annahme einer dialektischen Entwicklung der Geschichte auch nicht formulieren):

– die Entwicklungsmöglichkeit der *bürgerlichen Demokratie* von einem die rational-eigennützig Interessenverfolgung einer besitzindividualistischen Bourgeoisie schützenden Rechtsstaat zu einer die personale Entfaltung der Bürger in allen Lebensbereichen fördernden partizipatorischen und wohlfahrtsstaatlichen Demokratie;

– die *Reformmöglichkeiten des Kapitalismus* auf der mikroökonomischen Ebene demokratischer Veränderungen der Betriebs- und Unternehmensverfassung, der mesoökonomischen (meso = Mitte zwischen Mikro- und Makro-Ökonomie) Ebene einer Institutionalisierung des Klassenkonflikts durch Verbände Verhandlungen über die Betätigungsbedingungen der Arbeit, der makroökonomischen Ebene einer in korporatistischen Arrangements von Staat und Verbänden vereinbarten sozialorientierten Wirtschaftspolitik.

Gerade wegen der Reformfähigkeit des Kapitalismus und des bürgerlichen Staates erwies sich Marx' Prognose zunehmender Verelendung des Proletariats, sich verschärfender ökonomischer Krisen und des schliesslichen Zusammenbruchs des Systems als falsch. Die Möglichkeiten der Vollendung der «politischen» in der «sozialen» und «wirtschaftlichen» Demokratie sind heute durch theoretische Reflexion und historische Erfahrung belegt. Freilich wird ein derartiger Reformprozess weder durch ein Entwicklungsgesetz gestützt, noch ist er unumkehrbar; er muss getragen werden vom Reformwillen einer aktiven Gesellschaft, von der inneren Bindung an das Leitbild einer menschenwürdigen Gesellschaft und vom kämpferischen Engagement für schrittweise realisierbare Reformen. Diese *pragmatisch-reformistische Haltung* stellt nicht ein prinzipienloses «Durchwursteln» dar, sondern verwirklicht eine sinnorientiert-selektierende Nonkonformität.

Auch nach dem Erscheinen des Kommunistischen Manifests (1848) war der Sozialismus nie marxistisch dominiert. In der 1864 gegründeten I. Internationale waren die konkurrierenden Hauptströmungen neben dem Marxismus zunächst der *revolutionäre Anarchismus Michail Bakunins* und der *genossenschaftliche Sozialismus Pierre-Joseph Proudhons*. Die britische Arbeiterbewegung erhielt ihre historisch durchgehende reformistische Prägung schon früh durch den *christlichen Sozialismus* (John Malcom Ludlow, Charles Kingsley u.a.), der auf die Möglichkeit der Umkehr der Menschen und ihres Gemeinwesens zu Wirtschafts- und Lebensformen einer besseren Gerechtigkeit setzte und damit eine in England verbreitete Geisteshaltung mobilisieren konnte. In Deutschland war neben dem Einfluss von Marx und Engels *Ferdinand Lassalles* Idee der Verbindung solidarischer Selbsthilfe und subsidiärer «Fremdhilfe» durch den zu demokratisierenden Staat prägend für die Arbeiterbewegung. So entstanden um die Wende zum 20. Jahrhundert die wichtigsten reformistischen

Strömungen des Sozialismus mit dem *Fabianismus* in England (Sidney und Beatrice Webb, George Bernard Shaw), dem *Revisionismus Eduard Bernsteins* in der deutschen Sozialdemokratie und dem *humanitären Sozialismus Jean Jaurès'* in Frankreich.

Bernsteins bekannter Satz: «In einem guten Fabrikgesetz kann mehr Sozialismus stecken als in der Verstaatlichung einer ganzen Gruppe von Fabriken», zeigt das Bekenntnis zum *Gradualismus* sozialistischer Transformation im Rahmen der bestehenden und zu erweiternden demokratischen Institutionen: «Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht» (Godesberger Programm der SPD, 1959). Die angestrebte Evolution kann nicht mittels einer einzigen Massnahme (z.B. Sozialisierung des Produktivvermögens) erreicht werden, sondern bedarf einer Vielfalt von Massnahmen und Trägern. Bei Verzicht auf die Verkündung eines (kommunistischen) Endzustandes, also einer innerweltlichen Erlösung, gilt der politische Kampf der fortschreitenden sozialen und ökonomischen Demokratisierung als Weg zur Verwirklichung einer gerechten und menschenwürdigen Gesellschaft: «Die Demokratie wird durch den Sozialismus erfüllt» (Godesberger Programm). Sozialismus wird damit als eine dauernde Aufgabe begriffen und unabhängig vom (Fort-)Bestehen der klassischen «Arbeiterfrage» im Kapitalismus.

II. Wirtschaftliche Vorstellungen und Gestaltungen

1. Die bürokratisch-despotischen Entwicklungsdiktaturen des «real existierenden Sozialismus»

Demokratische Sozialisten und Sozialistinnen haben sich zumeist geweigert, die im Zuge kommunistischer Revolutionen in Russland, China und anderen Ländern entstandenen Entwicklungsdiktaturen, die den Marxismus-Leninismus bzw. Maoismus als Staatsideologie etablierten, als «sozialistische» Gesellschaften zu bezeichnen. Die Abspaltung kommunistischer Parteien und

Gewerkschaften von den sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften in Westeuropa nach dem Ersten Weltkrieg ist ein Ausdruck dieses Konflikts.

Manche glaubten allerdings, diese totalitären Staaten als *Vorformen sozialistischer Gesellschaften* verstehen zu können, in der Erwartung, dass – nach einer Übergangsphase revolutionärer Gewaltherrschaft («Diktatur des Proletariats»), vergleichbar der Diktatur Cromwells oder der Terrorherrschaft Robespierres im Verlauf der bürgerlichen Revolutionen in England und Frankreich – eine Entwicklung zu politischer Demokratie, selbstverwalteten Betrieben und wirtschaftsdemokratisch reguliertem Markt folgen würde. Vertreter einer «Konvergenztheorie» hielten einen *konvergierenden Systemwandel* sowohl liberal-kapitalistischer wie kommunistisch-planwirtschaftlicher Systeme zum demokratischen Sozialismus für möglich. Spätestens mit der Niederwerfung des «Prager Frühlings» 1968 wurde jedoch die bornierte Lernverweigerung und Reformunfähigkeit des bürokratisch-despotischen Systems unübersehbar.

Die revolutionären politischen Eliten Russlands und Chinas wandelten den Marxismus um in eine *Modernisierungsideologie* für die nachholende Industrialisierung rückständiger Länder, in denen nichtstaatliche gesellschaftliche Kräfte als (Mit-)Träger einer Modernisierung fehlten. Die bürokratisch-despotische Modernisierung dieser Länder musste jedoch mit dem Übergang vom extensiven Wachstum der Take-off-Phase zum intensiven Wachstum zu Unvereinbarkeiten und Effizienzverlusten führen, die für das starre planwirtschaftliche Lenkungssystem nicht mehr auflösbar waren. Die Dringlichkeit dezentralisierender Wirtschafts- und Gesellschaftsreformen wurde von kritischen Beobachtern ebenso erkannt wie die äusserst erschwerte Durchführbarkeit solcher Reformen im Hinblick auf die Lernfähigkeit der politischen Führung und der Bürokratie, aber auch der bestehenden Ungleichzeitigkeiten und Strukturbrüche innerhalb dieser Gesellschaften.

2. Wirtschaftsordnungspolitische Vorstellungen und Gestaltungen des demokratischen (freiheitlichen) Sozialismus

Gemäss der von ihm vertretenen Anthropologie kennt der demokratische Sozialismus *keine perfekten Institutionen* für die Verwirklichung des Gemeinwohls. Weder der Markt – der als idealtypisch gedachter Wettbewerbsmarkt einen fiktiven Charakter trägt – noch der Staat – der nicht jenseits der gesellschaftlichen Interessenkonflikte stehend gedacht werden kann – begründen allein das Gemeinwohl. Deshalb kann der Wettbewerb nicht das einzige und nicht das letzte normative Ordnungsprinzip der Wirtschaft sein, wie es der marktradikale Neoliberalismus fordert. Es bedarf vielmehr des Einbaus *wirtschaftsdemokratischer Ordnungselemente* in die Marktinstitutionen und flexibler *intermediärer Institutionen zwischen Markt und Staat*, die den Markt sozial einbetten und Politik und Staat entlasten.

Dieser Einbau sozialistischer Reformelemente in den Kapitalismus hat in den westlichen Demokratien in unterschiedlicher Weise stattgefunden: Von einem seit *Roosevelts New Deal* sozial temperierten Kapitalismus der USA über die *Soziale Marktwirtschaft* der Bundesrepublik Deutschland (eine eingängige Parole, die vieldeutig verwendet wird, die jedoch als sozial irenischer Ordnungsentwurf im Sinne Alfred Müller-Armacks «mehr Freiheit mit mehr Sozialismus verbinden» wollte), bis hin zu den *skandinavischen Wohlfahrtsstaaten*.

Für die Theorie des zeitgenössischen demokratischen Sozialismus, wie sie in Deutschland durch *Eduard Heimann*, *Hans Ritschl* und *Gerhard Weisser* entwickelt wurde, sind Märkte ein vielfach nützliches Instrument der Koordination von Bedürfnissen und Produktionsmöglichkeiten. *Märkte versagen* jedoch insbesondere im Hinblick auf

– eine gesellschaftlich vertretbare, «gerechte» Verteilung der Einkommen und der Vermögen, deren Differenzierungen im

Hinblick auf erbrachte Leistung und erwünschte Leistungsmotivation einsehbar funktional und glaubwürdig erscheinen;

– die Herbeiführung von Arbeitsbedingungen, die eine Entfaltung der Persönlichkeit im Vollzug der Arbeit ermöglichen und fördern («Humanisierung der Arbeit»);

– die gesellschaftlich erwünschte Versorgung mit meritorischen Gütern (Recht auf Bildung, berufliche Ausbildung und Zugang zu kulturellen Einrichtungen und Kulturgütern; Recht auf angemessene Wohnung);

– die konjunkturelle Stabilisierung des Wirtschaftsprozesses und die Erreichung eines hohen Beschäftigungsstandes (Recht auf Arbeit als Staatsziel, Vergesellschaftung des Beschäftigungsrisikos);

– die Erreichung eines sozial- und umweltverträglichen wirtschaftlichen Entwicklungspfades und den dazu erforderlichen Umbau der Produktionsstruktur («qualitatives Wachstum»);

– die Vereinbarung international verträglicher Austauschbeziehungen zwischen den auf «freien» Märkten – als Anbieter wie als Nachfrager – machtüberlegenen Ökonomen der Ersten Welt und den Ländern der Dritten Welt.

Angestrebt wird eine sozialgestaltete «gemischte» Wirtschaft. Dies impliziert Veränderungen der

– Eigentumsverfassung, insbesondere der Unternehmensverfassung,

– Arbeitsverfassung,

– Wirtschaftsverfassung,

– politischen Verfassung,

wofür in den westlichen Demokratien mehr oder weniger weitgehende Ansätze bereits verwirklicht sind.

Auf der mikroökonomischen Ebene ergeben sich als Folgerungen aus heutigem demokratischem Sozialismus *mitbestimmte Unternehmensverfassungen* und die Beteiligung der Arbeitenden am Vermögenszuwachs der Unternehmen durch Formen (überbetrieblich organisierter) investiver *Gewinn- oder Ertragsbeteiligung*. Da die kapitalistische Unternehmung in der «freien» Marktwirtschaft weder demokratisch noch liberal verfasst ist, sondern autokra-

tisch, bedarf es einer Balancierung der Eigentümerrechte durch *widergelagerte Wirtschaftsbürgerrechte* sowohl bei der Legitimierung und Kontrolle des Managements wie bei der Entscheidung über die Originärverteilung des Vermögenszuwachses.

Neben dem Typ des privatwirtschaftlichen Erwerbsunternehmens befürwortet der demokratische Sozialismus eine durch die Wirtschaftspolitik zu fördernde *Vielfalt von Unternehmen* der öffentlichen und der freien Gemeinwirtschaft, die gemäss ihrem öffentlichen Auftrag oder gemäss frei gewählter sozialer Bindung die Befriedigung meritorischer Bedarfe verfolgen. Öffentliche Unternehmen sollen sich in der Hand unterschiedlicher öffentlicher Träger befinden (Kommunen, Zweckverbände, Länder, Bundesstaat); interessant ist auch die Form autonomer öffentlicher Körperschaften (z.B. öffentliche Rundfunkanstalten). Aus ökonomischen wie aus kulturellen Gründen förderungswürdig erscheinen freigemeinwirtschaftliche Unternehmen, die, von freien gesellschaftlichen Kräften getragen, öffentliche Versorgungsziele verfolgen (z.B. als Krankenhausbetriebe oder Wohnungsunternehmen).

Die soziale Gestaltung der *Arbeitsverfassung* wird durch das kollektive Arbeitsrecht und den Tarifvertrag als gesellschaftlich gewünschte Einschränkung der Vertragsfreiheit auf nachfragedominierten «freien» Arbeitsmärkten verfolgt.

Bei der *Wirtschaftsverfassung* erstrebt der demokratische Sozialismus – entgegen der neoliberalen Parole «Mehr Markt, weniger Staat!», jedoch nicht durch deren simple Umkehrung – die sozial- und umweltverträgliche Begrenzung des Marktes durch institutionell vielgestaltige Regulierungen. Diese zielen zum einen auf konjunkturelle Stabilisierung der Ökonomie und Erreichung eines hohen Beschäftigungsstandes, zum anderen auf den Umbau der Produktionsstruktur und die Steuerung der Wirtschaftsprozesse auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad. Solche Regulierungen können zwischen öffentlichen Stellen und Verbänden in konzertierten Aktio-

nen vereinbart und gemeinsam umgesetzt werden. Öffentliche Bindungen von Betriebsprozessen sind dabei ein Instrument zur Vermeidung negativer externer Effekte sozial unkontrollierten Rentabilitätsstrebens.

Es wäre verkehrt, die *soziale Einordnung der Unternehmung* durch Mitbestimmung und Marktregulierung nur als Einschränkung von Handlungsspielräumen der Unternehmensführung zu sehen. Vielmehr werden dadurch auch neue Handlungsspielräume und Möglichkeiten sozialen Lernens erschlossen. Insbesondere werden durch vorgängige Verständigung über die soziale Akzeptanz unternehmenspolitischer Entscheidungen Turbulenzen der Umwelt der Unternehmung vermindert und Risiken herabgesetzt.

Für die politische Verfassung folgt daraus die Ergänzung des Parlamentarismus durch einen sinnvoll gehandhabten *Korporatismus*, wie er in vielen westlichen Demokratien tatsächlich praktiziert wird. Dabei kommt neben Parlament und Regierung den grossen Verbänden insbesondere der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die in sich vielfältige Interessen integrieren und Konflikte medialisieren, eine bedeutende Rolle bei der Formulierung und Umsetzung von (Wirtschafts- und Sozial-)Politik zu.

III. Ethische Gesichtspunkte

Die Geschichte vom *Auszug des Volkes Israel* aus dem ägyptischen «Haus der Unterdrückung» als Paradigma politischer und sozialer Befreiung und tiefgreifender geistiger und moralischer Wandlung des Volkes ist nach *Arnold Künzli* «zum fundamentalen Archetyp allen abendländischen Sozialismus geworden», so dass es nach *Michael Walzer* «möglich ist, eine kontinuierliche Verbindung vom Exodus zur radikalen Politik unserer eigenen Zeit herzustellen».

Diese Geschichte, auf die in den biblischen Büchern immer wieder in exemplarischer Weise Bezug genommen wird, hat sich tief in das religiöse und moralische Empfinden westlicher Völker eingepägt.

Sie gibt, schreibt *Ernst Bloch*, der Bibel «einen Grundklang, den sie nie verloren hat ... Vom halben Urkommunismus der nasiräischen Erinnerung bis zur Prophetenpredigt gegen Reichtum und Tyrannei, bis zum frühchristlichen Liebeskommunismus geht so eine einzige, an Biegungen reiche, doch erkennbar einheitliche Linie. Sie hängt im Untergrund fast lückenlos zusammen, und die berühmten prophetischen Ausmalungen vom sozialen Friedensreich der Zukunft nehmen ihre Farbe von einem Goldenen Zeitalter, das hier nicht nur Legende war.»

Freilich sind die Kirchen von diesem religiösen Erbe abgewichen. Während der sozialistische Rechtslehrer *Gustav Radbruch* formulierte: «Hätte es in der Welt niemals ein Christentum gegeben, so gäbe es auch keinen Sozialismus», meinte dagegen der neoliberale Ökonom *Ludwig v. Mises*, die Leistung der Kirche durch die Jahrhunderte habe vor allem in der «Unschädlichmachung» der sozialetischen Lehre Jesu bestanden.

Es ist die historische Tragik oder Schuld des Christentums, dass die humanitären Ideale der Aufklärung und der grossen französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit (Geschwisterlichkeit) – gegen die Kirchen proklamiert und erkämpft werden mussten, so dass wiederum die Vorkämpfer dieser Ideale deren Verwurzelung im religiösen Erbe der westlichen Kultur nicht erkennen konnten. Deshalb entstanden sowohl im Liberalismus wie im Sozialismus anhaltende antikirchliche und anti-christliche Strömungen.

Der *Liberalismus* konnte jedoch die Werte der Aufklärung und der bürgerlichen Revolution nicht einlösen. Gleichheit wurde als Gleichmacherei geschmäht, Solidarität als Kollektivismus; damit wurde Freiheit im liberalen Kapitalismus, wie *Eduard Heimann* formuliert, «eher zur Freiheit des Eigentums als des Menschen». Die Folge davon ist soziale Ungerechtigkeit, die der Würde des nach dem Bild Gottes geschaffenen Menschen widerspricht. Eine Gesellschaft, die rational-eigennützige Interes-

senverfolgung zu ihrer Norm erhebt, verwirft die christliche Richtschnur der Brüderlichkeit; in einer solchen Gesellschaft ist – wieder nach Heimann – «Ausbeutung und nicht Solidarität die rationale Politik». Die vom demokratischen Sozialismus betriebene Proklamierung und Durchsetzung *ökonomischer und sozialer Bürgerrechte* geschieht in der Bundesrepublik Deutschland durch die schrittweise – von Rückschritten und Rückschlägen keineswegs freie – Verwirklichung der egalitär-sozialstaatlichen Verbürgungen des Grundgesetzes, die dem Schutz der Menschenwürde dienen. Es handelt sich dabei immer um gesellschaftliche Wertentscheidungen in der sozialstaatlichen Demokratie, die nur so weit durchgesetzt werden können, als sie vom moralischen Engagement einer aktiven Gesellschaft getragen werden. Dies lässt sich aufweisen von den Mitbestimmungsgesetzen als historischem Kompromiss eines «dritten Weges» zwischen kapitalistischer Unternehmensverfassung und Vergesellschaftung von Großunternehmen bis hin zum sozialrechtlichen Schutz gegen Verarmung im Alter, bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit.

Das verfassungsrechtliche *Sozialstaatsgebot* hat dabei eine die Gesellschaft integrierende, auf soziale Befriedung zielende Funktion im Sinne vermehrter staatsbürgerlicher Zuwendung zu Gemeinschaftswerten. Für die Verwirklichung solcher Bürgerrechte und Staatsziele haben die ökonomischen Theorien des Institutionalismus, der Gemeinwirtschaft, des Genossenschaftswesens, des (Post-)Keynesianismus und des Wohlfahrtsstaates eigene Konzeptionen entwickelt. Das engagierte Aufgreifen und geduldige Umsetzen solcher Konzeptionen hängt jedoch immer von der weltanschaulichen Einstellung der gesellschaftsprägenden Kräfte ab: «Um die Menschenwürde und die daraus folgende Freiheit und Gleichheit der Menschen zu sichern, ist es notwendig, dass die Gesellschaft an sie glaubt und jedes sich selbst respektierende Mitglied der Gesellschaft verpflichtet, sich zu fügen» (*Eduard Heimann*).